

Der Blatt monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark monatlich, halbjährlich 30.00 Mark, einjährig 54.00 Mark. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungsgewerbe ist unter Angabe der Zeitung eingetragene Blätter zu beziehen. Einzelne Exemplare können auch durch die Post bestellt werden. Preis der Zeitung 1.14, der Postgebühren 1.14, der Druckgebühren 1.14, der Anzeigengebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14.

Nahe-Zeitung

Deutschland's größter Jahrgang.

Der Blatt monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark monatlich, halbjährlich 30.00 Mark, einjährig 54.00 Mark. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungsgewerbe ist unter Angabe der Zeitung eingetragene Blätter zu beziehen. Einzelne Exemplare können auch durch die Post bestellt werden. Preis der Zeitung 1.14, der Druckgebühren 1.14, der Anzeigengebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14, der Abbestellgebühren 1.14.

Nr. 403.

Halle, Freitag, den 29. August.

1919.

Ebert und Noske in Stuttgart.

WTB. Stuttgart, 28. August. (Drahtnachricht.) Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske sind heute vormittag nach 9 Uhr von München kommend in Stuttgart eingetroffen. Sie wurden nach dem Empfang auf dem Bahnhofe auf das alte Schloss gebracht, wo eine Begrüßung durch das 2. Armee-Kommando stattfand. Es wurden ihnen auch der militärischen Ehre die Ehrendenkwürdigkeit verliehen. In dieser Sitzung wurde insbesondere die Kolonnen und die notwendigen Einzelheiten einer besseren Veranordnung der Infanterie eingehend besprochen. Am nächsten Morgen landete Reichspräsident Ebert sofort im Hotelmann an den Reichspräsidenten in der Schmitz, in welchem er sich mit Bezug auf die künftige Veranordnung des Bundespräsidenten befand. Der Kolonnen- und die notwendigen Einzelheiten einer besseren Veranordnung der Infanterie eingehend besprochen. Am nächsten Morgen landete Reichspräsident Ebert sofort im Hotelmann an den Reichspräsidenten in der Schmitz, in welchem er sich mit Bezug auf die künftige Veranordnung des Bundespräsidenten befand.

Die Kohlennote.

Berlin, 28. August. (Eigene Drahtnachricht.) Zurzeit werden Beratungen über den durch die Kohlennote drohenden Zusammenbruch der großen Berliner Industrien gepflogen. Die Zufahren aus Oesterreich haben dementsprechend nachgelassen, doch eine Stilllegung großer Berliner Betriebe ist für den nächsten Tag wahrscheinlich geworden. Es soll, wie die Deutsche Nachrichtenagentur nun zuverlässiger Weise berichtet, verhandelt werden, das Vorkaufsverfahren für die nächste Woche anzufangen. Man hofft, dass in der Zwischenzeit geungene wird, die der Firma in Aussicht gestellte Kohlennote herbeizuführen, so daß der Betrieb von der nächsten Woche ab nicht völlig stillgelegt zu werden braucht.

Einstellung eines Berliner Großbetriebes wegen Kohlenmangel.

WTB. Berlin, 28. Aug. Nach dem „Mittags-Blatt“ hat infolge der Kohlennot als erster Berliner Großbetrieb die Firma Rudolph Wöme, Allengasse 11, ab heute morgen ihren Betrieb geschlossen. Obwohl noch für drei Tage Kohlen vorhanden sind, wurde die Arbeit einstellen, um die noch vorhandenen Kohlenvorräte für die nächste Woche anzufahren. Man hofft, dass in der Zwischenzeit geungene wird, die der Firma in Aussicht gestellte Kohlennote herbeizuführen, so daß der Betrieb von der nächsten Woche ab nicht völlig stillgelegt zu werden braucht.

Vorsichtsmassregeln im Industriegebiet. Bildung einer strikt disziplinierten Polizeitruppe.

Essen, 28. August. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des drohenden Hungers im Industriegebiet ist die sofortige Beschaffung des Polizeimaterials beschlossen worden. Es wird gegenwärtig eine militärisch organisierte strikt disziplinierte Polizeitruppe geschaffen, wozu das Ministerium bereits sein Einverständnis gegeben hat.

Schweres Gewitter im Anzug.

München, 28. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die drohende Verblüdung der Münchner Herbstrevolution soll morgen stattfinden. Die Unabkömmlichen und Kommunisten werden ihre Mitglieder ohne vorherige Verabredung auf morgen Abend in fünf verschiedenen Lokalen durch die Organisation des Führerats zusammenschicken lassen. In einer Besprechung wurde bereits mitgeteilt, daß ein schweres Gewitter im Anzuge sei und daß es zur Entscheidung kommen müsse. In einer Eisenbahnveranordnung wurde die kategorische Forderung gestellt, die Nachschubveranordnung in der Nähe von Waffen- und Munitionsposten zu entfernen.

Louis Botha tot?

WTB. Amsterd., 28. August. Ein holländisches Presseblatt meldet aus Pretoria, daß der südafrikanische Premierminister Louis Botha gestorben ist.

Bela Kun in Karstein (Waldbiertel) interniert.

WTB. Wien, 28. August. (Drahtnachricht.) Korr-Surcan. Bela Kun sowie die beiden anderen mit ihm bisher in Gabeln internierten Volksbeauftragten der früheren ungarischen Regierung, werden nach Karstein im Waldwinkel gebracht werden, wo sie eine Anzahl ebensolcher Volksbeauftragten und deren Familien interniert sind.

Das neue ungarische Kabinett.

WTB. Budapest, 28. August. Stefan Friedrich hat das Kabinett in folgender Zusammenstellung gebildet: Ministerpräsident und Ministerium des Innern: Stefan Friedrich, Ministerium des Aeußeren: Franz Baron Szabo, Ministerium für Industrie- und Handelsangelegenheiten: Daniel Oslah.

Herrn Handel Franz Heinrich, Finanzen Johann Grün, Krieg General Schneider, Volksernährung Karl Grech, Kultus und Unterricht Karl Sycar, Justiz Georg Salagh, Ministerium für nationale Angelegenheiten Jakob Wiener, Volksgesundheitswesen Andreas Csikler, Propaganda Stefan Heller, Ministerium für kleine Landwirtschaft Stefan Szabo, Ministerium für Industriearbeiter Daniel Oslah.

Note der neuen ungarischen Regierung an Clemenceau.

WTB. Budapest, 28. August. Nach einer Mitteilung des Ungar. Korr-Büros hat Ministerpräsident Friedrich an die internationalisierte Militärkommission in Budapest eine Zuschrift geschickt, in der er die Konstitutionierung der neuen Regierung mitteilt und erklärt, eine der wichtigsten Aufgaben sei die Teilhabe der Bildung der Regierung und die Bitte Ministerpräsident an den Präsidenten der Reichsversammlung Clemenceau gelangen zu lassen. In der Note wird betont, daß das neue Ministerium die Sympathie und das angedingte Vertrauen der Nation überwiegen den Mehrheitspartei der Nation genießt. Im Kabinett seien das Klein- und Großgewerbe, der Handel, die Beamtenklasse, die Klasse der Landwirte und die industrielle Arbeiterschaft vertreten. Am Interesse der Möglichkeit eines erfolgreichen Arbeitens ist die Note Clemenceau, so veranschaulicht, daß die in Budapest weilenden Militärmissionen sich in die innere ungarische Politik nicht einmengen, oder vielmehr in der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts unterhölt. Ferner wird mitgeteilt, daß in der Zeit des Krieges die Arbeiterpartei die Verantwortung auf sich genommen hat, während die Arbeiterpartei die Verantwortung auf sich genommen hat, während die Arbeiterpartei die Verantwortung auf sich genommen hat.

Ungarische Küstungen an der deutsch-österreichischen Grenze.

WTB. Wien, 28. August. Die „Neue Freie Presse“ bringt Meldungen über ungarische Küstungen an der deutsch-österreichischen Grenze. Ein ungarischer Panzerzug, der in Neudorf an der Leitha eintraf, soll die Aufgabe haben, die Vorposten an der deutsch-österreichischen Grenze zu beobachten. In den Grenzorten finden außerdem aufsuchende und lichte Bestimmungen statt.

Monarchistische Propaganda in Böhmen. Böhmisches Arbeiterkabinett arbeiten für Exilier Karl.

Praag, 28. August. (Eig. Drahtnachricht.) „Ceske Slova“ wendet sich in einem harten Artikel gegen die monarchistischen Pläne der Entente in Böhmen, die es entschieden ablehnt. Die Stellungnahme des Blattes ist einigermassen überraschend, da man bisher von monarchistischen Plänen der Entente in Böhmen nichts gehört hat, sie wird aber leicht verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß die monarchistische Propaganda des Exilier Karl sich in letzter Zeit auch auf die böhmische Republik ausgedehnt hat. Zahlreiche böhmische Arbeiterkabinette arbeiten in der Tat des Exilier Karl in Verbindung mit den Plänen der Entente, die auf Schaffung einer Donau-Veranordnung abzielen.

Wieder eine Frage an Wilson.

Die amerikanische Friedensdelegation will Paris verlassen.

Saas, 28. August. Aus Paris wird gemeldet: Die amerikanische Friedensdelegation wird sich an Wilson mit der Frage wenden, ob es sich lohnt, daß sie noch immer in Paris bleibt, um das Problem von Sidosteuropa zu lösen. Von der Antwort des Präsidenten wird es abhängen, ob sie noch bleibt, oder ob sie nach Washington zurückkehren und es Europa überläßt, Ordnung in das Chaos zu bringen, das durch den Einfall der Rumänen in Ungarn geschaffen wurde.

Beginn der Offensive gegen den russischen Bolschewismus.

Paris, 28. August. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Temps“ wird aus Sankt Petersburg gemeldet, daß nach militärisch-berühmten Nachrichten Kronrad unter Feser genommen worden ist, und daß die Offensive gegen die Bolschewiken auf dem ganzen Front in Kurland begonnen hat. Saas, 28. August. (Eig. Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Amal wird die Britische Delegation durch Deutschland geschickt.

Erzbergers Erwiderung.

Von Staatsminister Dr. A. Friedberg.

Die verschiedenen Artikel, die von anderer Seite und von mir über das Verhältnis der Entente zum Reichsoberster verfaßt worden sind, sowie die Angriffe, die ich an ihn im „Berliner Tagblatt“ gerichtet habe, veranlassen es mir, in dem Reichsoberster, mit einer Erwiderung hervortreten. Man kann von ihm nicht gerade sagen: „Was lange dauert wird gut.“ Denn sie enthält in ihrem ersten Teil die üblichen Abkühlungen, während sie im zweiten wertvolle Ergänzungen zu meine Aufzählung beibringt. Zu den Abkühlungen rechne ich es, wenn bestritten wird, daß der Reichsoberster in seinen Reichstagsreden seine Gegenausführungen demotiviert vorgebracht habe. Tatsächlich hat er nur allgemeine Abwehrungen gebraucht, die die Frage nicht verduffelt als gelöst haben. Daß ich mit dieser Urteil nicht allein stehe, beweist ein Artikel des Herrn Prof. Dr. Gerland, in dem es heißt: „Erzberger hat verübt, mit einigen nichtigenden Abwehrungen, die notwendigweise die Bewilligung der Reichsobersterpartei gefunden haben sollen, und vor dem Reichsoberster so treffend gewandt hat, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die der Reichsoberster aus dieser Frage entstanden sind.“ Wenn im Zusammenhang mit dieser Abkühlung ausgeprochen wird, daß jeden ruhig überlassenden auch ohne dieselbe besondere Betonung selbstverständlich sein werde, daß ein Finanzminister den von ihm vertretenen Standpunkt auf dem Reichsoberster, nämlich in § 12, Abs. 1 enthaltene Bestimmung nur in ihrer „Einfachheit“ in dem Maße die Überzeugung auskommen lasse, daß die Entente ein Zugriffrecht auf die Erträge des Reichsoberster besitzt. Die angegebene Bestimmung ergäbe ein anderes Bild, wenn man sie im Zusammenhang mit anderen Finanzbestimmungen betrachte. Sie gebe dann dem Reichsobersterauschüsse die klare Richtlinie, auf die deutsche Zahlungsfähigkeit zu achten. Ja, gebe zu, daß der Reichsobersterauschuss seine unmittelbaren Ertragsbefugnisse hat. Aber er dient dem, die Exekutive vorzubereiten. Denn es heißt ausdrücklich:

„In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuerregime, und zwar damit alle Einkünfte Deutschlands einstellt.“ Und für den Interessierten und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmt, vorzugsweise zur Unterstützung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden.“

„In dem Worte „damit“ liegt aber der Schwerpunkt. Die Prüfung des Ausschusses hat den Zweck, im Falle Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die nach dort vorhandenen verfügbaren Mittel, unter anderem auch das Ertrags der Vermögensabgabe, heranzuziehen. Welches Organ der Entente dann die Exekutive ausübt, ist ganz nebensächlich. Wäher umfänglich ist dann noch das „damit“ in den §§ 17 und 18 der Anlage. Ich lasse sie im Wortlaute folgen: § 17.

Sollte Deutschland mit der Erfüllung irgend einer Verpflichtung im Rückstand bleiben, die ihm der vorstehende Teil des Vertrages auferlegt, so teilt die Kommission diese Verhältnisse sofort jeder beteiligten Macht mit und schlägt gleichzeitig die dagegen zu ergreifenden Maßnahmen vor.

Deutschland verpflichtet sich, die Maßnahmen, zu deren Ergreifung die alliierten und assoziierten Mächte gegen eine absichtliche Nichterfüllung Deutschlands berechtigt sind, nicht als feindliche Handlung aufzufassen. Diese Maßnahmen können bestehen in Einfuhrverboten und wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen und überhaupt in allen Maßregeln, die den betreffenden Regierungen durch die Umstände geboten erscheinen können.

Diese Paragraphen sprechen ihre Sprache für sich, es ist nicht nötig, ihnen noch irgend etwas hinzuzufügen. Unbegreiflich bleibt nur, wie der Reichsobersterminister sie zu Gunsten seiner Auffassung verzerren konnte. Der einzige Zweifel, der übrigbleibt, könnte nur die ausföhrliche Anwendung des § 19 auf den Fall bleiben, in dem Deutschland absichtlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Es ist indes leicht einzusehen, daß das unzulässig ist. Man nehme an den Fall, daß Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen wegen Unmöglichkeit verzögert. Die Kommission der Entente würde sicherlich dahin lauten, daß noch verfügbare Mittel, z. B. die Erträge des Reichsoberster, heranzuziehen, die unzureichend zwangsweise zur Deckung herangezogen werden. Auch der von dem Reichsoberster-

